

BERICHTE UND URKUNDEN

VÖLKERRECHT

Weitere Akte über den Festlandsockel in Nord- und Ostsee

1. Seit dem Bericht oben S. 167 ff. ist die britische Ratifikationsurkunde zum Genfer Übereinkommen über den Festlandsockel vom 29. April 1958¹⁾ am 11. Mai 1964 hinterlegt worden. Damit ist das Übereinkommen am 10. Juni 1964 förmlich in Kraft getreten²⁾; es bindet als solches von den Anliegern der Nord- und Ostsee nunmehr Großbritannien, Dänemark, Polen und die UdSSR. Unabhängig davon haben Norwegen³⁾ und die Bundesrepublik Deutschland⁴⁾ Rechte am Festlandsockel geltend gemacht und Proklamationen und Gesetze erlassen⁵⁾.

¹⁾ Englischer Wortlaut: ZaöRV Bd. 20, S. 32.

²⁾ Status of multilateral Conventions, ST/LEG/3 Rev. 1, Report No. 5 (1964).

³⁾ Siehe oben S. 171. – ⁴⁾ Siehe oben S. 169. Das Gesetz vom 24. 7. 1964 wird in ZaöRV Bd. 25 (1965), S. 1 ff. behandelt und abgedruckt.

⁵⁾ Die Regierung der »Deutschen Demokratischen Republik« hat unter dem 26. 5. 1964 folgende Proklamation erlassen:

**Proklamation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
über den Festlandsockel an der Ostseeküste der Deutschen Demokratischen Republik
vom 26. Mai 1964**

»Die Erforschung und Nutzung der Naturreichtümer des Meeresgrundes und des Meeresuntergrundes der an die Ostseeküste der Deutschen Demokratischen Republik grenzenden Unterwasserzone außerhalb des Küstenmeeres sind ein uneingeschränktes Hoheitsrecht der Deutschen Demokratischen Republik, das aus dem allgemein anerkannten Völkerrechtsgrundsatz der souveränen Rechte der Staaten an den Naturschätzen des ihren Meeresküsten vorgelagerten Festlandsockels resultiert.

Dieser Völkerrechtsgrundsatz entspricht der Staatenpraxis und ist insbesondere in der Genfer Konvention über den Festlandsockel vom 29. April 1958 bestätigt worden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß für alle Maßnahmen zur Erforschung und Nutzung des Festlandsockels der Deutschen Demokratischen Republik eine ausdrückliche Zustimmung der zuständigen Behörden der Deutschen Demokratischen Republik notwendig ist. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik behält sich vor, gegen Handlungen, die ohne Zustimmung der zuständigen Behörden der Deutschen Demokratischen Republik vorgenommen werden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt ihre Bereitschaft zu zwischenstaatlichen Vereinbarungen über die Abgrenzung des Festlandsockels der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber dem Festlandsockel benachbarter Staaten an der Ostsee, nach dem in der Genfer Konvention über den Festlandsockel vom 29. April

2. In Großbritannien ist am 15. April 1964 der Continental Shelf Act 1964 (1964 c. 29) in Kraft getreten (Wortlaut unten S. 630 ff.)⁶⁾. Zum größten Teil enthält er Ermächtigungen an die Exekutive und Ausdehnungen bestehender Vorschriften auf den Festlandsockel oder die dort zu errichtenden festen Anlagen. Die Erdöl- (und Erdgas-)Gewinnung ist nach *sec. 1 subs. 3* in Verbindung mit dem Petroleum (Production) Act 1934 dem Energieminister unterstellt, die Kohlegewinnung dem National Coal Board (*sec. 1 subs. 2*) und die übrigen Gewinnungs- und Fangrechte den Crown Estate Commissioners⁷⁾.

Nach britischer Praxis ist das Übereinkommen über den Festlandsockel nicht selbst innerstaatliches Recht geworden; es ist daher auf einige Abweichungen des Act von dem Übereinkommen hinzuweisen.

Zunächst legt das Übereinkommen die Ausdehnung des Festlandsockels des einzelnen Staates in Art. 1 und 6 fest; die Tiefenlinie von 200 m ist schon bei seinem Abschluß überholt gewesen. Er dehnt sich also im Grundsatz bis zur Mittellinie zwischen den nächstbenachbarten Punkten der Küstenlinie verschiedener Staaten aus. Der Act verwirklicht aber die Rechte am Sockel nur soweit, als ein Order in Council Flächen bezeichnet, die dann als *designated areas* der einschlägigen Gesetzgebung unterstehen (*sec. 1 subs. 7*). Das weicht zwar ab von Art. 2 Abs. 3 des Übereinkommens, wonach die Rechte am Sockel nicht von Besitzergreifung oder Proklamation abhängen; aber das innerstaatliche Recht kann für seine eigenen Zwecke

1958 niedergelegten Prinzip der Abgrenzung. Sie gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Abgrenzung des Festlandsockels in der Ostsee neue Möglichkeiten der Erforschung und Nutzung der Reichtümer des Meeres erschließen und auch die freundschaftliche Zusammenarbeit der Anliegerstaaten der Ostsee weiter fördern wird.«

Berlin, den 26. Mai 1964

Stoph

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates

Dr. Bolz

Minister für Auswärtige Angelegenheiten

(Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1964 Teil I, S. 99). Vorangegangen waren Veröffentlichungen von Rupprecht, Der Rechtsstatus der Territorialgewässer im demokratischen Völkerrecht, und Haalck, Um den Rechtsstatus des Festlandsockels, in: Seeverkehr 1964, S. 105 und 218.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hatte in Ausübung ihrer alleinigen Legitimation, für Gesamtdeutschland zu sprechen, ihre oben S. 170 abgedruckte Proklamation vom 20. 1. 1964 ohne Einschränkung auf die an die »deutschen« Meeresküsten grenzende Unterwasserzone außerhalb des »deutschen« Küstenmeeres erstreckt, mag sie auch in der Ausübung ihrer Rechte in Bezug auf den der Sowjetzone vorgelagerten Festlandsockel tatsächlich behindert sein. Ob daneben der Proklamation der »DDR« vom 26. 5. 1964 Bedeutung zukommt, ist zumindest zweifelhaft und wäre nur von einer hier nicht möglichen Würdigung des Gesamtstatus' dieses Gebietes aus zu beurteilen.

⁶⁾ Debatten: Hansard (House of Lords) Bd. 253, Sp. 911–921, 924–936, Bd. 254, Sp. 214–240, 391–397; Hansard (Commons) Bd. 688, Sp. 218–281, Bd. 692, Sp. 876.

⁷⁾ So Lord Derwent, a. a. O. Bd. 253, Sp. 913; er zitierte den Crown Estate Act, 1961.

etwas anderes verfügen. Bisher scheint nur in der Nordsee ein Sockelgebiet so bezeichnet worden zu sein, und zwar durch The Continental Shelf (Designation of Areas) Order 1964 vom 12. Mai 1964 (Statutory Instrument 1964 No. 697); es erstreckt sich jenseits des Küstenmeers vom 61. Grad N bis etwa zur Höhe von Dover. Es ist nach außen von Stücken der Meridiane und Breitengrade begrenzt und reicht offenbar nirgends vollständig an die Mittellinie zwischen Großbritannien und den anderen Nordsee-Anliegern heran⁸⁾.

Im Übereinkommen (Art. 2 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 4) ist die Intensität des staatlichen Hoheitsrechtes auf dem Festlandssockel und über die Anlagen nicht näher umschrieben. Die Furcht, daß die Staaten ihre Rechte weit auffassen, ist nicht unbegründet gewesen und wird durch den Act bestätigt. Er erstreckt das britische Strafrecht auf die Anlagen und die in Art. 5 Abs. 2 und 3 des Übereinkommens erwähnte Sicherheitszone, der er das auf 500 m festgesetzte Höchstmaß an Durchmesser gibt (*sec. 3 subs. 1*). Das Zivilrecht, soweit es Fragen regelt, die mit der Erforschung und Ausbeutung des Sockels zusammenhängen, kann durch Order in Council auf das ganze *designated area* erstreckt werden (*sec. 3 subs. 2*).

Interessant ist übrigens, daß die Ausdehnung eines regionalen Rechts auf den Festlandssockel möglich ist. Das Formular für eine Gewinnungskonzession⁹⁾ enthält eine Vorschrift (§ 28) über ein Pfändungs- und Selbstvollzugsrecht der Verwaltung, welche alternativ für englisches und für schottisches Recht abgefaßt ist.

Das Übereinkommen verlangt von den Schiffen aller Flaggen den Respekt vor den Sicherheitszonen, die um Anlagen zur Gewinnung von Bodenschätzen aus dem Sockel gebildet sind (Art. 5 Abs. 3 Satz 2). Der Act ermächtigt den Minister, das Befahren jedes Teils eines *designated area* zu verbieten (*sec. 2 subs. 1*). Um nicht gegen das Übereinkommen zu verstoßen, dessen Art. 5 Abs. 1 und Art. 3 den Status der Hohen See über dem Sockel und die Schiffahrtsfreiheit hervorheben, wird der Minister sich zurückhalten müssen, wenn er von der Ermächtigung Gebrauch macht.

Eine Ausdehnung noch über den Festlandssockel hinaus scheint *sec. 8* des Act den Vorschriften zum Schutz der Unterseekabel und -rohrleitungen zu geben.

Zur Materie gehören noch The Petroleum (Production) (Continental Shelf and Territorial Sea) Regulations 1964 vom 12. Mai 1964 (Statutory

⁸⁾ Lord Derwent hat schon bei der Beratung des Act erklärt, die Regierung werde zunächst Flächen beanspruchen, die unstrittig zum britischen Schelf gehören, a. a. O., Sp. 912 f.

⁹⁾ Siehe unten bei Anm. 10.

Instrument 1964 No. 708). Aus deren *sec. 4* ist ersichtlich, daß nur natürliche Personen, die Bürger des UK und der Kolonien sind und im UK residieren, und im UK inkorporierte Gesellschaften Konzessionen zur Erforschung und Gewinnung von Erdöl im Festlandsockel erlangen können. Musterkonzessionen für Gewinnung und Erforschung bilden die Anlagen 2 und 3 dieser Regulations¹⁰⁾.

3. In den Niederlanden hatte die Regierung am 9. Mai 1964 einen sehr kurzen Gesetzentwurf über Anlagen auf dem Festlandsockel eingebracht¹¹⁾. Nach niederländischer Praxis würde das Übereinkommen über den Festlandsockel innerstaatliches Recht werden, und es bedürfte nur ergänzender Gesetze oder Verordnungen. Der Entwurf sah nun vor, daß durch Verordnung Anlagen auf dem Festlandsockel niederländischem Recht unterstellt werden können (Art. 2 und 3) und daß durch Verordnung neue Vorschriften im Interesse der Schifffahrt, der Fischerei, der Erhaltung der lebenden Schätze des Meeres und zur Wahrung anderer völkerrechtlich anerkannter Interessen für solche Anlagen erlassen werden können (Art. 4). Ein Art. 5 ergänzt den vorangehenden dahin, daß diese Verordnungen Geldstrafen androhen können; dies muß nach Art. 57 Abs. 2 und 3 der niederländischen Verfassung im Ermächtigungsgesetz ausdrücklich gesagt werden.

Der Entwurf wollte, und das geht insbesondere aus seiner Begründung hervor, nicht nur die Anlagen zur Gewinnung von Bodenschätzen treffen, sondern Anlagen aller Art, namentlich Anlagen von freien Rundfunk- und Fernsehsendern. Die Niederlande sind wie die skandinavischen Staaten Zielgebiet sogenannter Piratensender, hier der »Veronika«. Die Sendungen von diesem Schiff, das keine Flagge zeigt und von dem man vermutet, daß es diejenige eines mittelamerikanischen Staates führt, sind im Lande sehr beliebt, werden aber von den konzessionierten Rundfunkanstalten als lästige Konkurrenz empfunden und beruhen auf kommerzieller Basis (Reklamesendungen). Zwar verbietet die Vollzugsordnung für den Funkdienst, die zum Internationalen Fernmeldevertrag vom 21. Dezember 1959 gehört, Rundfunksendungen von Schiffen aus, aber vermutlich haben die Unternehmer des Senders sich eine Registrierung des Schiffs von einem Staat besorgt, der nicht Vertragspartei dieser Abmachungen ist¹²⁾. Die skandinavischen Staaten haben auf Anregung des Nordischen

¹⁰⁾ Die Abgaben, die die Konzessionäre (außer einer Verwaltungsgebühr für die Anträge) beider Arten von Konzessionen zu zahlen haben werden, sind noch nicht festgesetzt.

¹¹⁾ *Wet installaties continentaal plat*, Drucksache der Zweiten Kammer, Sitzung 1963–1964, Nr. 7643.

¹²⁾ Über unregelte Sendungen von Schiffen auf Hoher See: H.-R. Krämer, Zur Rechtsstellung von Rundfunksendern auf See, *Jahrbuch für internationales Recht* Bd. 10 (1961/62), S. 206 ff.; M. Sörensen, 'Pirate Broadcasting' from the High Seas in: *Legal*

Rates¹³⁾ im Inhalt ziemlich übereinstimmende Gesetze¹⁴⁾ erlassen, die die Piratensender indirekt treffen, indem sie deren Versorgung und Beauftragung unter Strafe stellen. Auch hat Dänemark schließlich ein solches Schiff aufgebracht, ohne daß eine internationale Reklamation gefolgt wäre.

Die niederländische Regierung indessen hat Hemmungen gehabt, und es hat eine lebhafte Diskussion darüber eingesetzt, was man gegen ein Schiff und gegen eine feste Anlage auf dem Festlandssockel außerhalb des Küstenmeers unternehmen könne¹⁵⁾. Die Absicht, die sich im Entwurf ausdrückt, die Regelung des Festlandssockels zum Vorgehen gegen die Sendinsel zu benützen, wird meist getadelt. Das niederländische Parlament hat angesichts der rechtlichen Bedenken den Entwurf nicht verabschiedet; die Regierung hat ihn geändert (Drucks. 7643 Nr. 10 und 11 – *Wet installaties Noordzee*) und betont, daß sie die Befugnisse, die sie in Anspruch nehmen will, nicht aus den Völkerrechtssätzen über den Festlandssockel ableite, sondern auf das Übereinkommen nur Bezug nehme, um ihre Befugnisse räumlich zu begrenzen. Die Regierung hat auch eine Äußerung eines Juristenausschusses vorgelegt, die unter dem Vorsitz von *François* getagt hat (Drucksache 7643 Nr. 8). Die Zweite Kammer hat am 17. 9. 1964 den neuen Entwurf mit 114 gegen 19 Stimmen angenommen; das Gesetz ist noch nicht verkündet.

Der Kammer liegen noch Entwürfe zur Ratifikation der vier Genfer Seerechtsabkommen und des Protokolls zur Beilegung von Streitigkeiten vom 29. April 1958, und zu einem Gesetz über die Erforschung und Gewinnung der Bodenschätze im Schelf vor (Drucksachen 7723 und 7670). Über die seitliche Abgrenzung des deutschen und des niederländischen Schelfs ist nach Pressemeldungen ein Abkommen parapiert worden, das aber die Grenze nicht vollständig zieht.

Essays (Festschrift Castberg) (1963), S. 319 ff.; van Schelven, *Maatregelen tegen «piratenzenders»*, *Nederlands Juristenblad* 1963, S. 281 ff.; Krause-Ablas, *Protektion gegen »Piraten-Sender«*, *Rundfunk und Fernsehen* 1964, S. 181 ff.

¹³⁾ Nordiska Rådet 10:e Sessionen 1962, *Vorlagen* S. 805 ff., *Vorschlag des Rechtsausschusses* S. 1474 ff., *Diskussion* S. 153 ff., *Empfehlung* S. 1636 f.

¹⁴⁾ Dänemark vom 22. 6. 1962, *Lovtidende A* 1962 Nr. 229, S. 746; Schweden vom 6. 6. 1962, *Författningssamling* 1962 Nr. 278, S. 587; Norwegen vom 22. 6. 1962, *Lovtidende II* 1962, S. 234; Finnland vom 27. 7. 1962, *Författningssamling* 1962 No. 400, S. 806.

¹⁵⁾ Mouton, *Internationale Spectator* (1963), S. 548; François *ibid.* (1964), S. 120; van Emde Boas, *Liberaal Reveil* April 1963 und 1964, S. 131; Duintee, *De Tijd* 6. 2. 1964 und *Nederlands Juristenblad* (1964), S. 326; im *Nederlands Juristenblad* 1964 noch Verstegen, S. 262, Scheffer, S. 493, van Panhuys, S. 565, van der Voort, S. 631, Tammes, S. 672, Bos, S. 685, Bockwinkel, S. 745; Jansma, *Nieuwe Rotterdamse Courant* 14. 5. 1964; Bouchez, *Algemeen Handelsblad* 21. 5. 1964. Ein Gutachten von Henri Rolin und F. de Pauw ist abgedruckt im *Nieuwe Rotterdamse Courant* 1. 8. 1964, S. 6.

Inzwischen ist eine künstliche Sende-Insel tatsächlich errichtet worden¹⁰⁾ und hat nach Pressemeldungen am 11. August 1964 mit Erfolg Versuchssendungen begonnen. So hängt die Inkraftsetzung des niederländischen Regimes für den Festlandssockel an einer freilich in sich interessanten Nebenfrage.

Ein Gremium des Europarats hat sich ebenfalls mit Sendern dieser Art befaßt und ein Europäisches Übereinkommen entworfen, nach welchem die Teilnehmer Rundfunksendungen von schwimmenden und fliegenden Geräten aus unter Strafe stellen. Eine Bestrafung von Sendungen aus festen Anlagen im Meer soll aber auf Bedenken gestoßen und daher den Teilnehmern nur freigestellt worden sein. Es zeigt sich also ein Widerstand gegen eine Ausweitung der Staatshoheit am Festlandssockel, und es ist nur bedauerlich, daß dieser Widerstand einer unerwünschten Erscheinung zugutekommt. Man wird, um gegen sie vorzugehen, Argumente und Befugnisse anderer Art heranziehen müssen, etwa das Abwehrrecht der Uferstaaten, die Unwirksamkeit einer *mala fide*-Registrierung von Schiffen und den Mißbrauch des diplomatischen Schutzes, wenn er zugunsten von Staatsangehörigen ausgeübt wird, die vor der Küste eines anderen Staates solche Anlagen errichten.

Es zeigt sich aber auch in den Rechtsordnungen gerade rechtsstaatlicher Länder eine Lücke: daß nämlich die dem Staat völkerrechtlich zustehenden Zwangsbefugnisse nicht ohne besondere innerstaatliche Ermächtigung ausgeübt werden können – eine Lücke, die auch in der bundesdeutschen Praxis schon wiederholt schmerzlich empfunden worden ist.

F. M ü n c h

Continental Shelf Act 1964

CHAPTER 29

An Act to make provision as to the exploration and exploitation of the continental shelf; to enable effect to be given to certain provisions of the Convention on the High Seas done in Geneva on 29th April 1958; and for matters connected with those purposes. [15th April 1964]

Be it enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, as follows:—

¹⁰⁾ Ein Luftbild der künstlichen Sende-Insel brachte der Nieuwe Rotterdamse Courant vom 1. 8. 1964, S. 6.

Exploration and exploitation of continental shelf

1.—(1) Any rights exercisable by the United Kingdom outside territorial waters with respect to the sea bed and subsoil and their natural resources, except so far as they are exercisable in relation to coal, are hereby vested in Her Majesty.

(2) In relation to any coal with respect to which those rights are exercisable the Coal Industry Nationalisation Act 1946 shall apply as it applies in relation to coal in Great Britain, but with the modification that the National Coal Board shall not engage in any operations for the purpose of working or getting the coal without the consent of the Minister of Power, which may be given on such terms and subject to such conditions as he thinks fit.

(3) In relation to any petroleum with respect to which those rights are exercisable sections 2 and 6 of the Petroleum (Production) Act 1934 (which relate to the granting of licences to search and bore for, and get, petroleum) shall apply as they apply in relation to petroleum in Great Britain, and section 3 of that Act (which enables persons holding licences under that Act to acquire ancillary rights) and section 5 of that Act (which makes provision as to receipts and expenditure under that Act) shall have effect as if this subsection were part of that Act.

(4) Model clauses prescribed under section 6 of the Petroleum (Production) Act 1934 as applied by the preceding subsection shall include provision for the safety, health and welfare of persons employed on operations undertaken under the authority of any licence granted under that Act as so applied.

(5) The Minister of Power shall for each financial year prepare and lay before Parliament a report stating—

- (a) the licences under the said Act of 1934 granted in that year in respect of areas beyond low-water mark and the persons to whom and the areas in respect of which they were granted, and the like information as respects such licences held at the end of that year;
- (b) the total amount of natural gas and of other petroleum gotten in that year in pursuance of licences held in respect of such areas; and
- (c) the method used for arriving at the amounts payable by way of consideration for such licences.

(6) The general duty of the Minister of Power of securing the effective and co-ordinated development of such resources in Great Britain as are mentioned in section 1(1) of the Ministry of Fuel and Power Act 1945 shall extend to any such resources outside Great Britain with respect to which the said rights are exercisable.

(7) Her Majesty may from time to time by Order in Council designate any area as an area within which the rights mentioned in subsection (1) of this section are exercisable, and any area so designated is in this Act referred to as a designated area.

(8) In this section "coal" has the same meaning as in the Coal Industry

Nationalisation Act 1946 and "petroleum" has the same meaning as in the Petroleum (Production) Act 1934.

Protection of installations in designated areas

2.—(1) The Minister of Power may for the purpose of protecting any installation in a designated area by order made by statutory instrument prohibit ships, subject to any exceptions provided by the order, from entering without his consent such part of that area as may be specified in the order.

(2) If any ship enters any part of a designated area in contravention of an order under this section its owner or master shall be liable—

(a) on summary conviction, to a fine not exceeding one hundred pounds or to imprisonment for a term not exceeding three months, or to both;

(b) on conviction on indictment, to a fine, or to imprisonment for a term not exceeding one year, or to both;

unless he proves that the prohibition imposed by the order was not, and would not on reasonable inquiry have become, known to the master.

(3) Any order under this section may be varied or revoked by a subsequent order, and any statutory instrument containing such an order shall be subject to annulment in pursuance of a resolution of either House of Parliament.

Application of criminal and civil law

3.—(1) Any act or omission which—

(a) takes place on, under or above an installation in a designated area or any waters within five hundred metres of such an installation; and

(b) would, if taking place in any part of the United Kingdom, constitute an offence under the law in force in that part,

shall be treated for the purposes of that law as taking place in that part.

(2) Her Majesty may by Order in Council make provision for the determination, in accordance with the law in force in such part of the United Kingdom as may be specified in the Order, of questions arising out of acts or omissions taking place in a designated area, or in any part of such an area, in connection with the exploration of the sea bed or subsoil or the exploitation of their natural resources, and for conferring jurisdiction with respect to such questions on courts in any part of the United Kingdom so specified.

(3) Any jurisdiction conferred on any court under this section shall be without prejudice to any jurisdiction exercisable apart from this section by that or any other court.

(4) Any Order in Council under this section may be varied or revoked by a subsequent Order in Council and any statutory instrument containing such an Order shall be subject to annulment in pursuance of a resolution of either House of Parliament.

Safety of navigation

4.—(1) Part II of the Coast Protection Act 1949 (which requires the consent of the Minister of Transport to the carrying out of certain works on the sea shore if obstruction or danger to navigation is likely to result) except section 34(1)(b) (which restricts the deposit of materials) shall apply in relation to any part of the sea bed in a designated area as it applies in relation to the sea shore; and section 46 of that Act (local inquiries) shall extend to any matter arising under this section.

(2) Any person guilty of an offence under the said Part II as applied by this section shall be liable, on summary conviction to a fine not exceeding one hundred pounds, and on conviction on indictment to a fine.

Discharge of oil

5.—(1) If any oil to which section 1 of the Oil in Navigable Waters Act 1955 applies or any mixture containing not less than one hundred parts of such oil in a million parts of the mixture is discharged or escapes into any part of the sea—

(a) from a pipe-line; or

(b) (otherwise than from a ship) as the result of any operations for the exploration of the sea bed and subsoil or the exploitation of their natural resources in a designated area,

the owner of the pipe-line or, as the case may be, the person carrying on the operations shall be guilty of an offence unless he proves, in the case of a discharge from a place in his occupation, that it was due to the act of a person who was there without his permission (express or implied) or, in the case of an escape, that he took all reasonable care to prevent it and that as soon as practicable after it was discovered all reasonable steps were taken for stopping or reducing it.

(2) A person guilty of an offence under this section shall be liable, on summary conviction to a fine not exceeding one thousand pounds, and on conviction on indictment to a fine.

Wireless telegraphy

6. An Order in Council under section 3 of this Act may make provision for treating for the purposes of the Wireless Telegraphy Act 1949 and any regulations made thereunder any installation in an area or part with respect to which provision is made under that section and any waters within five hundred metres of such an installation as if they were situated in such part of the United Kingdom as may be specified in the Order.

Radioactive substances

7. An Order in Council under section 3 of this Act may make provision for treating for the purposes of the Radioactive Substances Act 1960 and any orders

and regulations made thereunder any installation in an area or part with respect to which provision is made under that section and any waters within five hundred metres of such an installation as if they were situated in such part of the United Kingdom as may be specified in the Order, and for modifying the provisions of that Act in their application to such an installation or waters.

Submarine cables and pipe-lines

8.—(1) Section 3 (punishment for damaging cables) of the Submarine Telegraph Act 1885 and Article IV and paragraph 1 of Article VII (liability to pay compensation for damage to cables and for loss of gear sacrificed to avoid such damage) of the Convention set out in the Schedule to that Act (which by virtue of section 2 thereof has the force of law) shall apply in relation to all submarine cables under the high seas (and not only to those to which that Convention applies) and to pipe-lines under the high seas; and the said section 3 shall be construed as referring to telephonic as well as telegraphic communication, and, in relation to high-voltage power cables and to pipe-lines, as if the words from “in such manner” to the end of subsection (1) were omitted.

(2) Sections 6(3) (limitation of proceedings) and 13 (cesser of Act on cesser of Convention) of that Act are hereby repealed.

Use and supply of natural gas

9.—(1) The following provisions of this section shall have effect with respect to the use and supply of any natural gas gotten in pursuance of a licence under the Petroleum (Production) Act 1934 as applied by section 1(3) of this Act, and section 52 of the Gas Act 1948 shall not apply to any such gas.

(2) The holder of the licence shall not without the consent of the Minister of Power use the gas in Great Britain and no person shall without that consent supply the gas to any other person at premises in Great Britain.

(3) The Minister of Power shall not give his consent under this section to the supply of gas at any premises unless satisfied—

(a) that the supply is for industrial purposes and that the Area Board in whose area the premises are situated has been given an opportunity of purchasing the gas at a reasonable price; or

(b) that the supply is for such purposes as are mentioned in subsection (4) of this section;

but shall give his consent under this section to the supply or use of any gas if satisfied that it is for the purposes mentioned in that subsection.

(4) The said purposes are industrial purposes which do not consist of or include the use of the gas as a fuel except in so far as the gas is used to provide heat or other energy required—

(a) for a process in which the gas is used otherwise than as a fuel; or

(b) where such a process is one of a series, for any further process in the same series, not being a process in which a bulk product is converted into manufactured articles;

and in determining whether any industrial purposes are as mentioned in this subsection the use of any gas derived, otherwise than as a by-product, from any natural gas shall be treated as the use of that natural gas.

(5) For the purposes of this section gas provided by a company for the use of any subsidiary or holding company thereof, or of any subsidiary of such a holding company shall be deemed to be used by that company.

(6) This section shall not affect the supply of gas by any person otherwise than through pipes or the supply of gas by or to an Area Board.

(7) In this section "Area Board" has the same meaning as in the Gas Act 1948 and "holding company" and "subsidiary" have the same meanings as in the Companies Act 1948.

Modification of National Insurance Acts

10.—(1) The Minister of Pensions and National Insurance may by regulations make provision—

(a) for treating as insurable employment for the purposes of the National Insurance (Industrial Injuries) Acts 1946 to 1963 any prescribed employment which is employment in connection with the exploitation of the resources mentioned in section 1(1) of this Act or with the exploration of the sea bed and subsoil in any designated area; and

(b) for modifying the provisions of those Acts in their application in relation to persons who are insured persons by virtue of this subsection and in particular, but without prejudice to the generality of this paragraph, for treating accidents arising out of and in the course of any such employment as happening while those persons are in Great Britain and for treating as accidents so arising accidents happening while those persons are proceeding to or from their work or in any other prescribed circumstances.

(2) The Minister of Pensions and National Insurance may by regulations make provision for modifying the provisions of the National Insurance Acts 1946 to 1963 in their application in relation to persons in any prescribed employment (whether under a contract of service or not) in connection with the exploitation or exploration mentioned in subsection (1) of this section, and in particular, but without prejudice to the generality of this subsection, for the insurance under those Acts of persons in such employment notwithstanding that they do not fulfil the conditions of section 1 of the National Insurance Act 1946.

(3) Subsection (1) of this section shall be construed as one with the National Insurance (Industrial Injuries) Act 1946 and subsection (2) of this section as one with the National Insurance Act 1946.

Prosecution of offences, etc.

11.—(1) Proceedings for any offence under this Act (including an offence under another Act as applied by or under this Act and anything that is an

offence by virtue of section 3(1) of this Act) may be taken, and the offence may for all incidental purposes be treated as having been committed, in any place in the United Kingdom.

(2) Where a body corporate is guilty of such an offence and the offence is proved to have been committed with the consent or connivance of, or to be attributable to any neglect on the part of, any director, manager, secretary or other similar officer of the body corporate or any person who was purporting to act in any such capacity he, as well as the body corporate, shall be guilty of the offence and shall be liable to be proceeded against and punished accordingly.

In this subsection, “director” in relation to a body corporate established for the purpose of carrying on under national ownership any industry or part of an industry or undertaking, being a body corporate whose affairs are managed by its members, means a member of that body corporate.

(3) A constable shall on any installation in a designated area have all the powers, protection and privileges which he has in the area for which he acts as constable.

Northern Ireland

12. Nothing in this Act shall be taken to restrict the powers of the Parliament of Northern Ireland to make laws; and any laws made by that Parliament with respect to any matter with respect to which it has that power shall have effect notwithstanding anything in this Act.

Short title

13. This Act may be cited as the Continental Shelf Act 1964.